

26. IV. 1917

Die Tarifrevision.

Budapest, 26. Juni.

Die hauptstädtische Verkehrscommission hat heute unter dem Vorhinein des Magistratsrates Desider Regini die Vorlage der Verkehrssektion über die Vereinheitlichung der Straßenbahntarife verhandelt. Die Wichtigkeit der Frage veranlaßte auch den Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, der an den Sitzungen dieser Kommission nicht teilzunehmen pflegt, in die durch die Vorlage hervorgerufene lebhafte Debatte einzugreifen. Er widersetzte sich gegen die Tarifrevision vorgebrachten Argumente der Gegner der Vorlage und wies nach, daß die Vorteile der Tarifrevision deren Nachteile sehr überbieten werden. Unter dem Eindruck der Ausführungen des Bürgermeisters wurde die Vorlage mit großer Stimmenmehrheit angenommen; auch die zumeist im Interesse des unbemittelten Publikums gestellten Anträge mehrerer Redner, welche Anträge auch den Beifall des Bürgermeisters gefunden hatten, nahm die Kommission an.

Zunächst teilte der Vorsitzende mit, die Zwanziger-Subkommission habe an der Vorlage einige Änderungen vorgenommen, die von der Sektion und auch vom Magistrat gebilligt werden. Unter anderem habe sich diese Kommission dafür ausgesprochen, die Bestimmungen fallen zu lassen, daß die Passagiere für die Umsteigerarten, wenn sie nicht im Vorhinein gelöst wurden, statt 20 h 24 h zu zahlen haben. Ein anderer Wunsch der Subkommission geht dahin, daß die Gesellschaften verpflichtet seien, den zu erzielenden Mehrbetrag zur Verbesserung der Lage der Angestellten zu verwenden. Der Generaldirektor der Straßenbahn habe auf diesen ihm verdolmeischten Wunsch erklärt, daß seine Gesellschaft auch bisher schon alles, was in ihren Kräften stand, zur Verbesserung der Lage der Angestellten getan habe, weshalb er die Forderung der Hauptstadt nicht akzeptieren könne. Auch die Eliminierung der auf die 24-Heller-Tarife bezüglichen Bestimmungen könne die Gesellschaft nicht zugeben.

Die Sektion stellt ferner den Antrag, daß die Gesellschaften verpflichtet werden, die zur Verhütung von Unfällen nötigen Maßnahmen zu treffen.

Der erste Redner, Dr. Ludwig Kollár, gibt zu, daß die Hauptstadt auf eine Vermehrung ihrer Einnahmen angewiesen sei, doch werde durch die Verkehrssteuer und die Tarifrevision dem Publikum eine zu empfindliche Last aufgebürdet. Durch die Ermäßigung des Preises der Streckenarten werde die Verteuerung der Zonenarten nicht einmal annähernd paralytisiert. Es sei ein falscher Vorwand, daß die Tarifrevision die Kartenmanipulation vereinfachen werde. Denn was nütze diese Vereinfachung, wenn die Wagen wie jetzt auch später überfüllt sein werden. Die Einführung des Einheitspreises sollte erst gelegentlich der Ablösung der Straßenbahn erfolgen. Der Wunsch der Hauptstadt, daß der Mehrbetrag zur Verbesserung der Lage der Angestellten verwendet werde, sei nur zu berechtigt, denn gut bezahlte Angestellte würden besser ihre Pflichten erfüllen, wodurch die Abwicklung des Verkehrs erleichtert würde. Redner beantragte, die Vorlage von der Tagesordnung abzusehen und mit der Einführung der Tarifrevision bis 1920 zu warten, wo für die Hauptstadt die Möglichkeit einer Ablösung der Straßenbahn eintreten werde.

Dr. August Komlós polemisiert gegen die Ausführungen Dr. Kollárs. Mit Entschiedenheit fordert der Redner, daß die auf die 24-Heller-Tarife bezügliche Bestimmung der Vorlage eliminiert werde. Im Prinzip billigt Redner die Vereinheitlichung im Tarif, schon aus dem Grunde, weil bei der gegenwärtigen komplizierten Kartenmanipulation eine glatte Abwicklung des Verkehrs unmöglich sei. Die Einführung der Verkehrssteuer müsse wohl als eine antisoziale Maßregel bezeichnet werden, doch könne man sie leider mit Rücksicht auf die trübe Finanzlage der Hauptstadt nicht umgehen. Um den Kredit der Hauptstadt wiederherzustellen und zu festigen, müssen vor allem ihre Finanzen in Ordnung gebracht werden. In dieser Erkenntnis nimmt Redner sowohl die Verkehrssteuervorlage als auch die Tarifrevision an. Er hat jedoch gewisse Bedenken gegen einige Bestimmungen der Vorlage über die Tarifrevision. Er wünscht unter anderem, daß die Abonnementkarten der Arbeiter zum Umsteigen auf eine zweite Eisenbahn berechneten sollen. Ferner wünscht er, daß das System der Arbeiter-Abonnementkarten für die Dauer des Krieges auch auf die Soldaten vom Zugführer abwärts ausgedehnt werde. Er schlägt Änderungen hinsichtlich der Kinderarten vor, proponiert ferner, daß die Beschaffung von Abonnementkarten erleichtert werde. Redner spricht sich gegen den Antrag der Sektion aus, daß die Gesellschaften in dem Falle, wenn ihnen durch die Tarifrevision ein Schaden erwachsen sollte, die Hauptstadt um eine entsprechende Verringerung des Tarifs ersuchen können. Man könne wohl die Wirkung der Tarifrevision auf die Einnahmen der Gesellschaften nicht voraussehen, doch würden wahrscheinlich die Gesellschaften dadurch, daß nach Einführung der Tarifrevision kein Passagier mehr werde umsonst fahren können, einen beträchtlichen Nutzen haben.

Dr. Desider Regini nimmt die Verkehrssteuervorlage aus Rücksichten auf die Finanzlage der Hauptstadt an. Eingehend beschäftigt sich der Redner sodann mit der Wirkung der Tarifrevision auf die Finanzen der Gesellschaften und der Hauptstadt und erklärt, die Vorlage abzulehnen, da die Tarifrevision auch Privatgesellschaften großen Nutzen bringen werde, was man nicht billigen könne. Er weist darauf hin, daß die Gesellschaften sich stets den berechtigten Wünschen der Hauptstadt, neue Linien zu eröffnen, verschließen und nur solche Linien bauen, die ihnen einen großen Nutzen abwerfen. Dieser Zustand werde sich nur ändern, wenn die Stadt- und die Straßenbahn abgelöst werden. Nur dann werde die Hauptstadt in der Lage sein, eine einheitliche und gesunde Verkehrspolitik zu treiben und den Verkehr den Anforderungen entsprechend zu entwickeln.

Dr. Georg Nigrini nimmt die Tarifrevision mit den von Dr. Komlós beantragten Modifikationen an. Er bemängelt nur, daß die Beteiligung der Hauptstadt nach dem

Durchschnittsertrag der Gesellschaften im verflossenen Jahre berechnet werde. Die Beteiligung der Hauptstadt würde günstiger ausfallen, wenn man sie nach den in normalen Zeiten erzielten Durchschnittseinnahmen berechnen würde.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy sieht sich mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Frage ebenfalls veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Es ist immer sehr schwer, sagte der Bürgermeister, Fragen zu lösen, wo auch Privatinteressen im Spiele sind. Was die Tarifrevision betrifft, so muß man zugeben, daß sie mehr den öffentlichen als privaten Interessen diene. Der Bürgermeister billigt die Ausführungen Dr. Nigrinis bezüglich der Beteiligung der Hauptstadt; der hierauf bezügliche Punkt der Vorlage müßte präziser textiert sein und es müßte auch ein fixer Betrag angegeben werden. Redner bittet, die Vorlage über die Tarifrevision anzunehmen, denn diese wird zweifellos viel mehr Vorteile als Nachteile bringen. Der Hauptgrund, den man gegen sie ins Treffen führt, ist, daß sie die Zonenfahrten verteuern werde. Das ist wahr, doch wird man durch bedeutende Vorteile sehr dafür entschädigt. Einer dieser Vorteile ist, daß durch die Tarifrevision die Hauptstadt zu größeren Einnahmen gelangen wird, von großer Bedeutung ist ferner die Vereinfachung der Kartenmanipulation. Durch die Vereinfachung des Verkehrs erleichtert und in weiterer Folge werden viele Unfälle verhütet werden. Denn da die Kartenmanipulation die Kondukteure viel weniger in Anspruch nehmen wird, werden sie im Wagen größere Ordnung halten und das Abfahrtszeichen zu richtiger Zeit geben können. Hiezu sind sie derzeit nicht imstande, worin die Ursache zahlreicher Unfälle zu suchen ist. Das neue System wird dem Publikum auch das Umsteigen ermöglichen, was für das fahrende Publikum einen großen Vorteil bedeutet. Schließlich enthält auch das Abonnementkartensystem verschiedene vorteilhafte Neuerungen. Auch in Wien werden jetzt die Tarife vereinheitlicht.

Dr. Desider Regini: Dort gehört der ganze Nutzen der Stadt.

Bürgermeister Dr. Bárczy: Die Stadt Wien wird von der Tarifrevision einen geringeren Nutzen haben als Budapest. Das Argument, daß auch Privatgesellschaften materielle Vorteile haben werden, ist kein Grund, die Tarifrevision, die so zahlreiche Vorteile bietet, abzulehnen. Je größeren Nutzen übrigens die Privatgesellschaften haben werden, desto größer wird auch die Beteiligung der Hauptstadt sein. Er bittet nochmals, die Vorlage anzunehmen samt den von Dr. Komlós gestellten Anträgen, die Redner vollkommen billigt. (Zustimmung.)

Dr. Samuel Glucksthal stimmt mit Dr. Regini darin überein, daß die Verkehrsfrage nur durch eine Ablösung der Straßenbahnen in der richtigsten Weise gelöst werden könnte. Nur dann könnten die Bahnen an den Peripherien ausgebaut werden, was aus dem Gesichtspunkte der Entwicklung der Stadt von größter Bedeutung wäre. Doch wollte man so lange mit der Tarifrevision warten, bis die Eisenbahnen abgelöst werden, würde man die Hauptstadt um große finanzielle Vorteile bringen. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Tarifrevision, weil sie Privatgesellschaften Nutzen bringen werde, abzulehnen sei. Allerdings habe die Zwanziger-Subkommission sich dafür ausgesprochen, daß die Gesellschaften den Mehrertrag zur Verbesserung der Lage ihrer Angestellten zu verwenden haben. Diesen Antrag wohne zweifellos große soziale Bedeutung inne. Die Einführung der Verkehrssteuer allein wäre ungerecht, denn sie würde das Publikum belasten, ohne ihm auch nur die geringsten Vorteile zu bieten. Redner weist auf die Vorteile der Tarifrevision hin und nimmt sie samt den Vorschlägen Dr. Komlós an.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy will seine Ausführungen durch die Mitteilung ergänzen, daß der Magistrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen habe, dem Municipal-ausschuß vorzuschlagen, nur die Fahrkarten bis zu 20 h zu beschleunigen. Sodann beschäftigte sich der Bürgermeister mit der Frage der Ablösung der Straßenbahnen. Diese Frage habe für die Hauptstadt die allergrößte Bedeutung. Daß die Hauptstadt die Stadtbahn nicht eher ablösen wolle, als bis auch die Straßenbahn abgelöst werden kann sei auf finanzielle Motive zurückzuführen. Jetzt würde die Ablösung viel teurer zu stehen kommen, wenn sich aber der Municipal-ausschuß über dieses Moment hinwegsetze und schon jetzt die Eisenbahnen ablösen wolle, so habe er hiegegen selbstverständlich keine Einmischung.

Gustav G. Ehrlich polemisiert gegen einzelne Bemerkungen Dr. Kollárs und behauptet, daß der Vertrag, den die Hauptstadt seinerzeit mit der Straßenbahn geschlossen hatte, für die Hauptstadt sehr vorteilhaft sei. Was die Tarifrevision betrifft, so nimmt er sie mit Freude an. Man könne sie nicht als antisozial bezeichnen, denn sie werde gerade den weniger bemittelten Klassen durch die Vereinfachung der Fahrten auf weiten Strecken Vorteile bieten. Das Publikum werde dies bald einsehen müssen und die Tarifrevision werde sicherlich bald populär werden. Er nimmt die Vorlage an.

Emil Fischer wünscht, daß das System der Arbeiter-Abonnementkarten auch auf die Handelsangestellten ausgedehnt werde, die heute materiell schlimmer daran seien als die Arbeiter.

Oberstall Dr. Emerich Szabó ist ebenfalls der Ansicht, daß die Berechnung der Beteiligung der Hauptstadt auf eine günstigere Grundlage gelegt werde. Als Basis sollten die in normalen Zeiten erzielten Einnahmen angenommen werden. Redner beantragt dann noch einige stilistische Modifikationen.

Nachdem noch Referent technischer Obererrat Josef Volkinyi gesprochen hatte, nahm die Kommission mit überwiegender Majorität die Vorlage über die Tarifrevision samt den von Dr. Komlós, Dr. Nigrini und Fischer gestellten Anträgen an.